

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Martin Große Hüttmann

Unter das Motto „Rechte und Solidarität als Wegweiser der Globalisierung“ stellte der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), Mario Sepi, seine Arbeit. Die 2008 virulent gewordene internationale Finanzkrise prägte die Tätigkeit des EWSA. In einer Reihe von Konferenzen nahm sich seit 2009 der Ausschuss wichtiger Fragen an; dazu gehörten etwa die Erarbeitung eines neuen Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft, neue Vorschriften zur Regulierung der Märkte auf europäischer Ebene und die Frage nach der Zukunft der Sozialsysteme, der Beschäftigungspolitik und der wirtschaftspolitischen Koordinierung („economic governance“). Im März 2010 endete diese Konferenzreihe mit einer weiteren Veranstaltung in Brüssel. Dort legte der EWSA einen Vorschlag zur neuen wirtschaftspolitischen Strategie „Europa 2020“ vor.¹ Der EWSA-Präsident Sepi machte sich stark für eine Strategie der Nachhaltigkeit, mit der über die aktuelle Krise hinaus ein langfristig angelegter wirtschaftlicher Konsolidierungskurs verfolgt werden soll: „Ich bin der Auffassung, dass die Führungskräfte bei der Bewältigung dieser Probleme einem ‚neuen Konzept‘ folgen sollten, um so die Krise langfristig zu überwinden: Die Fragen sollten nicht nur mit dem Blick auf die Neuordnung der Finanzwirtschaft, sondern auch in Bezug auf die Wirtschaft und die sozialen Fragen beantwortet werden, insbesondere mit einem echten Engagement für die Verbesserung der technischen Regeln, die allen künftigen Entscheidungen in der Wirtschafts- und Finanzwelt zugrunde liegen sollten.“²

Veränderungen durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon

Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft; dies brachte auch einige institutionelle Änderungen für den EWSA. Der Ausschuss sieht sich durch den neuen Vertrag vor allem in seiner Rolle als „Brücke“ zur organisierten Zivilgesellschaft gestärkt.³ Das im Vertrag neu eingefügte Kapitel zur „partizipativen Demokratie“ wird damit zum Referenzpunkt des Selbstverständnisses und der praktischen Arbeit des EWSA. Vor allem Europäische Kommission und Europäisches Parlament stehen nach Ansicht des Ausschusses in der Verantwortung, dieses neue Kapitel mit Leben zu füllen. Auch das neue Instrument einer Europäischen Bürgerinitiative bietet dem EWSA neue Möglichkeiten der Mitwirkung und Agenda-Gestaltung im EU-Entscheidungsprozess. Die ehemalige Präsidentin des EWSA, Anne-Marie Sigmund, sieht sich für ihren Einsatz im Rahmen der Vertragsverhandlungen belohnt: „Die einzelnen Institutionen werden sich künftig stärker um einen laufenden strukturierten Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Bürgerinnen und Bürgern bemühen müssen.“ Frau Sigmund kann dies als persönlichen

1 Vgl. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Die Amtszeit von Mario Sepi als Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Oktober 2008–Oktober 2010, Brüssel 2010.

2 EWSA info, Oktober 2009, S. 1.

3 Vgl. zum Folgenden European Economic and Social Committee: The EESC and the Treaty of Lisbon – questions and answers, Brüssel 2010.

Erfolg verbuchen, da sie in ihrer Amtszeit als EWSA-Präsidentin in den Jahren 2004 bis 2006 die Stärkung der partizipativen Demokratie auf EU-Ebene zu „einer ihrer Hauptprioritäten“ gemacht hatte.⁴

Auch das mit dem Lissabon-Vertrag neu geschaffene Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) stärkt aus Sicht des EWSA seine bisherige Arbeit; der Ausschuss konnte schon in der Vergangenheit zu den unterschiedlichsten Themen Stellungnahmen vorlegen und auf diesem Wege die Europäische Kommission zu entsprechenden Initiativen veranlassen. Der Ausschuss könnte künftig für das praktische „follow-up“ von Bürgerinitiativen sorgen und den notwendigen Dialog mit der Kommission und dem Europäischem Parlament organisieren und darüber hinaus auch seine Erfahrung und Unterstützung anbieten, wenn Organisationen aus der Zivilgesellschaft das neue Instrument nutzen wollen. Der Vertrag von Lissabon hat zusätzliche Politikbereiche benannt, in denen der EWSA nun angehört werden muss; dazu gehören die Bereiche Sport, Europäischer Forschungsraum und Energiepolitik. Vor allem auf dem Feld des „Sozialen Europas“ wird der Ausschuss nach eigenen Aussagen mit den europäischen Sozialpartnern und Vertretern aus der Zivilgesellschaft enger kooperieren.⁵ Um die neuen Gestaltungsmöglichkeiten auch nutzen zu können, hat der EWSA eine Neuorganisation seiner internen Arbeit angekündigt. Im März 2010 kam es zu einem ersten offiziellen Treffen zwischen dem EWSA-Präsidenten Mario Sepi und dem mit dem Lissabon-Vertrag neu geschaffenen Ratspräsidenten Herman Van Rompuy. Bei diesem Austausch ging es um die Frage, welche Rolle dem EWSA bei der Stärkung der „partizipativen Demokratie“ zukomme und in welchen Politikbereichen er seine Expertise einbringen könne (z.B. nachhaltige Wirtschaftspolitik und Bekämpfung sozialer Ausgrenzung).⁶

Wichtige Stellungnahmen und Themen

Das Thema Klimaschutz wurde vom EWSA in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder diskutiert. Dazu gehörten etwa die Energieeffizienztage „Save it!“ und auch die Bemühungen des EWSA, den eigenen „ökologischen Fußabdruck“ durch Einsparungen der Stromkosten zu reduzieren.⁷ Die Euro- und Finanzkrise spielte auch für die Arbeit des EWSA eine zentrale Rolle. Die „Europa 2020“-Strategie bot eine willkommene Gelegenheit für den Ausschuss, hier Position zu beziehen. Vor allem das Thema „Wissenschaft“ stellt der EWSA in unterschiedlichen Zusammenhängen in den Mittelpunkt seiner Initiativen. In einer Stellungnahme mit dem Titel „Universitäten für Europa“ betont er die besondere Rolle, die der Hochschulpolitik zukommt. Der Berichterstatter Joost van Iersel (Gruppe Arbeitgeber, Niederlande) hob hervor, dass die von der Europäischen Kommission vorgelegte neue Strategie die notwendige „Europäisierung“ der Universitäten außer Acht lasse. Der Ausschuss hebt hervor, dass eine Qualitätssicherung der Bildung vonnöten sei und die Mobilität von Studierenden und Lehrenden in Europa verbessert werden müsse.⁸ Ein besonderes Augenmerk richtet der Ausschuss auf die Probleme, mit denen junge Erwachsene in der Wirtschaftskrise zu kämpfen haben. Zwar gebe es in allen

4 EWSA info, Januar 2010, S. 1-2.

5 European Economic and Social Committee: The EESC and the Treaty of Lisbon – questions and answers, Brüssel 2010, S. 2.

6 EWSA info, April 2010, S. 3.

7 EWSA info, November 2009, S. 2.

8 EWSA info, Juli 2010, S. 1-2.

Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Krise verschiedene Konjunkturprogramme, jedoch keine Maßnahmen zum Abbau von Jugendarbeitslosigkeit. Tomasz Jasinski, Mitglied des EWSA und gleichzeitig Präsident des Jugendkomitees, brachte dieses Problem so auf den Punkt: „In Europa werden Jugendliche als Erste entlassen und als Letzte eingestellt“; sie seien gezwungen, sich „mit denkbar ungünstigen Arbeitsverträgen zufrieden zu geben“.⁹

Die EU-Kommission hat den EWSA gebeten, eine Stellungnahme zur Europäischen Innovationspolitik zu entwickeln. Der Berichterstatter Henri Malosse (Vorsitzender der Gruppe der Arbeitgeber) hat vorgeschlagen, den aus seiner Sicht engen Innovationsbegriff der Kommission zu erweitern; Malosse ermuntert die Kommission, die vorhandenen Instrumente stärker zu nutzen und die Koordinierung zwischen EU und mitgliedstaatlicher Ebene zu verbessern.¹⁰ Auch das Thema „Gleichstellung von Frauen und Männern“ stand auf der Tagesordnung des EWSA. Frau Leila Kurki, die Vorsitzende der EWSA-Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen und Unionsbürgerschaft sieht hier noch Handlungsbedarf: „Frauen verdienen immer noch weniger als ihre männlichen Kollegen, auch wenn sie in zunehmendem Maße Führungspositionen einnehmen und unternehmerisch tätig sind“. Dass der EWSA mit einem Frauenanteil von gut 23 Prozent noch selbst einen Nachholbedarf bei der Gleichstellung hat, betont Frau Kurki in diesem Interview. In den letzten zehn Jahren hat der EWSA das Thema Gleichstellung in 15 Stellungnahmen zur Sprache gebracht.¹¹

Darüber hinaus hat der EWSA maßgeblich dazu beigetragen, zusammen mit dem Europäischen Parlament das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit auszurufen; der EWSA hatte in einer Stellungnahme im Vorfeld eine Reihe von Empfehlungen vorgebracht und hat damit seine Rolle und sein Selbstverständnis als Brücke und Sprachrohr der Europäischen Zivilgesellschaft gestärkt.¹²

Internationale Beziehungen und Kontakte des EWSA

Im September 2009 traf zum ersten Mal der Gemischte Beratende Ausschuss (GBA) der Zivilgesellschaft von EU-Seite mit den Vertretern der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zusammen; die Mitglieder des GBA sprachen sich für einen Beitritt aus.¹³ Ende Oktober 2009 veranstaltete der EWSA zusammen mit der schwedischen Ratspräsidentschaft die sechste Sitzung des Diskussionsforums EU-China; auf der Konferenz in Stockholm wurde ein breites Spektrum von Themen, wie etwa wirtschaftliche und soziale Rechte in China und der EU, nachhaltige Entwicklung und Wasserpolitik, behandelt.¹⁴ Im März 2010 kamen zum ersten Mal unter dem spanischen Vorsitz Vertreter zu einem Gipfeltreffen EU-Marokko zusammen; der EWSA konnte dieses Treffen nutzen, um seine Sicht der Dinge zu präsentieren. Die Staats- und Regierungschefs forderten den EWSA zu einer engeren Kooperation mit dem marokkanischen Wirtschafts- und Sozialrat auf.¹⁵ Anfang Mai 2010 gab es ein weiteres Treffen der organisierten Zivilgesellschaft mit Ver-

9 EWSA info, Mai 2010, S. 4.

10 EWSA info, Februar 2010, S. 3.

11 EWSA info, März 2010, S. 2.

12 EWSA info, Mai 2010, S. 6.

13 EWSA info, November 2009, S. 4.

14 EWSA info, Dezember 2009, S. 4.

15 EWSA info, April 2010, S. 4.

tretern aus der EU und aus Lateinamerika. Bei dem Treffen in Madrid ging es um Auswirkungen von innovativen Technologien auf die Gesellschaften.¹⁶

Weiterführende Literatur

Martin Große Hüttmann: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), in: Martin Große Hüttmann und Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Das Europalexikon. Begriffe-Namen-Institutionen*, Bonn 2009, S. 137-138.

Ingo Linsenmann: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Europa von A bis Z, Taschenbuch der europäischen Integration*, 11. Aufl., Baden-Baden 2009, S. 213-216.

Stijn Smismans: *European Civil Society and Citizenship: Complementary or Exclusionary Concepts?*, in: *Policy and Society*, 28/2009, S. 59-70.

Stijn Smismans: *New Modes of Governance and the Participatory Myth*, in: *West European Politics*, 5/2008, S. 874-895.

¹⁶ EWSA info, Juli 2010, S. 4.